



Israelische Streitkräfte haben am gestrigen Tag Dutzende Palästinenser getötet und verletzt, die sich im Norden des Gazastreifens versammelt hatten, um Hilfsgüter von Lastwagen der Vereinten Nationen zu erhalten. Das teilten das Gesundheitsministerium in Gaza sowie medizinisches Personal mit.

Laut dem Ministerium und dem Direktor eines Krankenhauses in Gaza-Stadt kamen bei dem Vorfall über 60 Menschen ums Leben. Der Angriff ereignete sich nahe des Übergangs Zikim zwischen Israel und dem Gazastreifen. Ein nahegelegenes Feldlazarett wurde mit Verletzten überflutet – mehr als 100 Menschen mussten dort behandelt werden.

Das israelische Militär erklärte, seine Soldaten hätten Warnschüsse abgegeben und das Feuer eröffnet, um „einer unmittelbaren Bedrohung zu begegnen“, ohne diese näher zu benennen. Zudem hieß es, die gemeldeten Opferzahlen stimmten nicht mit der eigenen Bewertung überein. Man untersuche den Vorfall.

Das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen gab bekannt, dass ein Konvoi von 25 Lastwagen mit Nahrungsmitteln auf dem Weg in den Norden Gazas gewesen sei, als er „auf große Menschenmengen traf, die verzweifelt auf dringend benötigte Lebensmittel warteten“.

„Als sich der Konvoi näherte“, hieß es weiter, „wurde die wartende Menge unter Beschuss genommen – durch israelische Panzer, Scharfschützen und weiteres Feuer.“

Das Chaos bei der Verteilung humanitärer Hilfe prägt den Alltag im Gazastreifen, wo Hunger inzwischen allgemein verbreitet ist. Immer wieder kommt es zu Schusswechseln in der Nähe großer Menschenmengen, die auf Lebensmittel oder andere Hilfsgüter warten.

Evakuierungsanordnung: Nach den Schüssen forderte das israelische Militär die palästinensische Bevölkerung auf, dicht besiedelte Gebiete im Norden des Gazastreifens sowie Teile von Gaza-Stadt zu verlassen. Diese seien nunmehr „Kampfbereiche“.

Japans Premierminister will trotz Wahlniederlage



im Amt bleiben

Der japanische Premierminister Shigeru Ishiba erklärte am Sonntag, er habe die „Verantwortung“, weiterhin die Regierung zu führen – trotz einer schweren Wahlniederlage seiner Koalition bei den Parlamentswahlen. Noch während die Stimmenauszählung lief, forderten Mitglieder seiner Partei bereits seinen Rücktritt.

Die Liberaldemokratische Partei (LDP) und ihr Koalitionspartner verloren die Kontrolle über das Oberhaus. Damit ist die LDP, die Japan über weite Strecken der letzten sieben Jahrzehnte regierte, in beiden Kammern des Parlaments in der Minderheit. Die Partei konnte die Wähler nicht davon überzeugen, dass sie Lösungen für drängende Probleme wie steigende Lebensmittelpreise (z. B. für Reis), die schwierigen Zollverhandlungen mit den USA und die mangelnden Zukunftsperspektiven junger Menschen bieten kann.

Ausblick: Sollte Ishiba zum Rücktritt gezwungen werden, warnen Analysten vor politischer Lähmung in einer Phase, in der Japan mit der Regierung von Donald Trump über Handelszölle verhandelt und gleichzeitig mit einer zunehmend selbstbewussten Volksrepublik China konfrontiert ist.

Erfolge rechter Populisten: Die größten Gewinner der Wahl waren die Demokratische Partei für das Volk (DPFP) und die Sanseito. Beide Parteien sprachen gezielt jüngere Wähler mit rechtspopulistischen Botschaften an.

US-Abgeordnete fordern Veröffentlichung weiterer Epstein-Akten

Abgeordnete beider Parteien in den USA – Republikaner wie Demokraten – forderten die Veröffentlichung weiterer Unterlagen zur Untersuchung gegen den inzwischen verstorbenen Finanzier Jeffrey Epstein. Damit verschärft sich der politische Druck auf Präsident Trump, der versucht, Kritik und Verschwörungstheorien in Teilen seines Unterstützerlagers zu entkräften.

Die Abgeordneten betonten, das jüngste Gesuch des Justizministeriums, nur bestimmte Aussagen vor der Grand Jury freizugeben, reiche nicht aus.



Trump und Epstein, ein verurteilter Sexualstraftäter, der in Haft unter ungeklärten Umständen verstarb, hatten fast 15 Jahre lang ein enges gesellschaftliches Verhältnis gepflegt – bis es um 2004 zum Bruch kam. Die Geschichte ihrer langjährigen Verbindung sorgt weiterhin für politische Brisanz.

WEITERE NACHRICHTEN

Ukraine: Präsident Wolodymyr Selenskyj schlägt eine Wiederaufnahme von Gesprächen mit Russland zur Beendigung des Krieges vor. Moskau verzeichnet derweil Geländegewinne.

Vietnam: Mindestens 35 Menschen kamen ums Leben, als am Samstag ein Ausflugsboot in der Halong-Bucht kenterte.

Syrien: Die Regierung verkündete ein neues Waffenstillstandsabkommen und die Verlegung von Truppen in die Provinz Sweida, um dort eskalierende religiös motivierte Gewalt einzudämmen. Auch Israel war in die Auseinandersetzungen verwickelt.

New York: Zohran Mamdani, Kandidat der Demokraten für das Bürgermeisteramt von New York City, befindet sich derzeit auf Besuch in seinem Geburtsland Uganda.

Diplomatie: Donald Trump bemüht sich um ein persönliches Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Er hofft auf eine offizielle Einladung nach Peking.

Autor: P. Tiko